

Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung

März '87

RUND BRIEF

Bornheimerstr.20, 53 Bonn 1, Tel. 0228 / 69 29 04



Fragen

Reader

Konferenz

der Friedensbewegung

am 16./17. Mai 87

Termine

28. Februar - 1. März

"Zivildienst und Friedensarbeit der DFG-VK"

Tagung der DFG-VK in Bochum

Kontakt: DFG-VK, Schwanenstraße 16, 5620 Velbert, Telefon: 02051-4217

6. - 8. März

"Keine Rüstungszusammenarbeit mit Pretoria"

Seminar der Anti-Apartheid-Bewegung in Stuttgart

Kontakt: Geschäftsstelle der AAB, Blücherstraße 14, 5300 Bonn 1, Telefon: 0228-211355

17. - 19. März

Friedenskonsultation in der evangelischen Akademie Baden

"Friede mit der Sowjetunion - Beiträge zur Aussöhnung"

Kontakt: Christen für die Abrüstung, Heike Binne, Kreuzstraße 104, 2800 Bremen 1

21. März

Bundesweites Treffen der betrieblichen Friedensinitiativen in Frankfurt

Kontakt: Uli Schmitz, Königswall 22, 4600 Dortmund

24. - 25. April

Europäischer Kongreß "Direkte Demokratie und Volksentscheid gegen Atomanlagen" in München

Kontakt: Volksentscheid gegen Atomanlagen, Friedrich-Ebert-Allee 120, 5300 Bonn, Telefon: 0228-234432

18. - 20. April

Ostermärsche

16. - 17. Mai

Bundesweite Konferenz der Friedensbewegung
Gesamtschule Köln-Zollstock

23. - 24. Mai

Kongreß der Friedensinitiative Psychosoziale Berufe in Dortmund

28. - 31. Mai

4. Bundesweiter Gesundheitstag in Kassel

Kontakt: Gesundheitsladen e.V., Friedrich-Ebert-Straße 177, 3500 Kassel, Telefon: 0561-34000

Olof - Palme - Friedensmarsch

für einen atomwaffenfreien Korridor

Das hat es noch nicht gegeben: Auf Initiative der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) wird im September 1987 blockübergreifend gleichzeitig von den Friedensorganisationen der DDR, der CSSR und Österreichs eine gemeinsame Aktion, der "Olof-Palme-Friedensmarsch für einen atomwaffenfreien Korridor" durchgeführt.

In Anlehnung an die Vorschläge der Palme-Kommission soll ein atomwaffenfreier Korridor als Chance für einen Einstieg in eine von Massenvernichtungswaffen befreite Welt eingefordert werden. Die Aktion beginnt in Stockholm und Wien und wird für die Bundesrepublik am 1. September (Antikriegstag) in Norddeutschland gestartet. Sie findet ihren Abschluß in gemeinsamen parallelen Kundgebungen in Ost und West am 19. 9., in der Bundesrepublik am Pershing II-Stationierungsort Heilbronn.

Alle Menschen, Gruppen und Organisationen, die ein atomwaffenfreies Europa wollen, sind aufgerufen:

- Unterstützt den Olof-Palme-Friedensmarsch!
- Beteiligt Euch an den Aktionen der DFG-VK!
- macht eigene Aktionen im Rahmen des Friedensmarsches!

Möglich sind im Rahmen der Aktion Märsche, Stafetten, Demonstrationen, Aktionen zivilen Ungehorsams, Friedensfeste, Kundgebungen, "Kennzeichnungen" des atomwaffenfreien Gebietes und atomwaffenfreier Orte, Initiativen für Städtepartnerschaften Ost-West und vieles andere mehr.

Weitere Informationen und Aktionsmaterialien sind erhältlich bei: *Olof-Palme-Friedensmarsch, c/o DFG-VK, Kurfürstenstraße 21, 8500 Nürnberg, Telefon: 0911-426129*

17. - 21. Juni

Evangelischer Kirchentag in Frankfurt

12. - 28. Juni

Friedensstafette der Sportlerinnen und Sportler für den Frieden von Flensburg bis zur Zugspitze

Kontakt: Uli Dillmann, Amsterdamer Straße 64, 5000 Köln, Telefon: 0221-764694

4. - 5. Juli

Internationaler Kongreß gegen Chemiewaffen - für ein atomwaffenfreies Europa

17. - 20. Juli

END-Convention in Coventry (siehe nebenstehenden Hinweis)

September

Forum der Krefelder Initiative

Kontakt: Krefelder Initiative, Amsterdamer Straße 64, 5000 Köln, Telefon: 0221-764694

26. - 27. September

4. Pädagogen-Friedens-Kongreß in Mannheim

Kontakt: Kongreß-Büro, Stadtjugendring Mannheim, K2/10, 6800 Mannheim 1, Telefon: 0621-20971

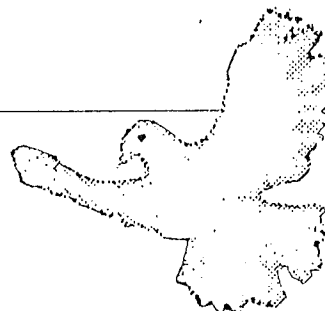
6. November

Kongreß der bundesdeutschen Sektion der IPPNW in Essen

28. - 29. November

Internationaler Kongreß "Kultur gegen Krieg - Wissenschaft für den Frieden" in Hannover

EINLADUNG



Liebe Freundinnen und Freunde,

nach Ablauf des in der Beueler Aktionskonferenz vom 1./2. Februar 86 beschlossenen Aktionsrahmens (Friedenskampagne 86, Hunsrück-Demonstration vom 11.10.86, Wahlkampfeinmischung) und nach den Bundestagswahlen ist für die Friedensbewegung eine erneute Standort- und Zielbestimmung notwendig. Zur Beschlußfassung über das weitere gemeinsame Vorgehen laden wir Euch deshalb ein zu einer großen

Konferenz der Friedensbewegung am 16./17. Mai 87

in der Gesamtschule Raderthal-Zollstock in Köln.

Die Konferenz soll durch eine umfangreiche und intensive Diskussion in allen Friedensinitiativen, -gruppen und Organisationen vorbereitet werden, damit ein von allen getragenes Gesamtkonzept für die weiteren Aktivitäten verabschiedet werden kann.

Der Koordinierungsausschuß schlägt vor, in Euren Treffen und Kongressen zur Vorbereitung der Bundeskonferenz die folgenden Fragen zu diskutieren:

1. Wie beurteilen wir die politische Situation und welche inhaltlichen Schwerpunkte soll die Friedensbewegung in diesem Jahr setzen?
2. Welches Verhältnis hat die Friedensbewegung zu anderen sozialen Bewegungen?
3. Wie ist das Verhältnis der Friedensbewegung zu Regierungen und politischen Parteien? Wie können wir unsere Unabhängigkeit erhalten und unseren Einfluß stärken?
4. Wie sollten internationale Kontakte zwischen den Friedensbewegungen gestaltet werden ?
5. Welche Bedeutung sollen Aktionen Zivilen Ungehorsams haben?
6. Welchen Stellenwert haben bundesweite Aktionen? Welche Aktionsorte und -formen sollten 1987 bundesweit angestrebt werden, welche gemeinsam mit anderen sozialen Bewegungen?
7. Wie sollten die zukünftigen Organisationsstrukturen der Friedensbewegung sein ?

Die Fragen - so glauben wir - können zu fruchtbaren Kontroversen innerhalb der Friedensbewegung führen. Erste Versuche zu ihrer Ausdifferenzierung hat eine Diskussionsgruppe in dem Artikel auf den folgenden Seiten gemacht.

Die Diskussionen vor Ort sollen schon in die Vorbereitung der Konferenz einfließen. Deshalb bitten wir Euch, anhand der Fragen Beiträge für den **Reader zur Konferenz** einzusenden, der allen angemeldeten Teilnehmer/innen bereits ab April zugehen soll. Absoluter Redaktionsschluß für den Reader (Ausschlußfrist) ist der 20. März. Beiträge dürfen einen Umfang von 2-3 Seiten Schreibmaschine 1^{1/2}zeilig nicht überschreiten. Da sinnvollerweise der Gesamtumfang des Readers eingeschränkt werden muß, bitten wir um Verständnis dafür, daß wir u.U. unter den bis zum 20.3. eingesandten Beiträgen auslosen müssen.

Zur Konferenz meldet Euch bitte rechtzeitig an (siehe Rückmeldung auf der letzten Seite), so daß die Konferenzunterlagen rechtzeitig verschickt werden können.

Herzliche Grüße
Euer Koordinierungsausschuß

Liebe Freundinnen, liebe Freunde!

Wir haben in der Geschäftsführung des Koordinierungsausschusses über die nach den Wahlen gegebenen Bedingungen für die weitere Arbeit der Friedensbewegung diskutiert. Es ist unserer Meinung nach notwendig, die jetzt entstandene Lage gründlich zu analysieren und daraus Schlußfolgerungen für unsere weitere gemeinsame Arbeit zu ziehen. Als Einstieg in die Diskussion haben wir unsere Fragestellungen und Überlegungen zusammengestellt, die den Stand der Übereinstimmung und Kontroversen zeigen.

Fragen zur Arbeit der Friedensbewegung

Zur Situation nach den Bundestagswahlen

Der von Teilen der CDU/CSU angestrebte Rechtsruck hat bei den Wählerinnen und Wählern keine Zustimmung gefunden. Die CDU hat bei den Bundestagswahlen das schlechteste Ergebnis seit 1949 erhalten und auch die CSU hat empfindliche Stimmenverluste hinnehmen müssen. Dagegen haben die Grünen kräftig gewonnen. Ebenso die FDP, die von ihrem Image als Garant außenpolitischer Stabilität in der Koalition profitierte. Die SPD konnte mit ihrem Abgrenzungskurs gegenüber den Grünen erwartungsgemäß keinen Stimmenzuwachs erzielen.

Die Regierungskoalition wird fortgesetzt werden, aber schon heute ist absehbar, daß sie vor große Probleme gestellt ist. Das eröffnet der Friedensbewegung neue Möglichkeiten. Wir müssen beraten, wie sie unter den heute gegebenen Bedingungen ihre Ziele und Forderungen durchsetzen kann.

Vor der Wahl sind Ansätze für eine verschärfte außenpolitische Gangart deutlich geworden: Zum Beispiel Ehrung von SS-Soldaten beim Bitburg-Besuch durch US-Präsident Reagan und Kanzler Kohl, Kohls Vergleiche zwischen Gorbatschow und Goebbels, Reykjaviks mit München (1938), der Gefängnisse in der DDR mit den Nazi-KZ's, Strauß' Forderung nach einer Beendigung der "Entspannungspolitik" Genschers und nach der Ausweitung der Rüstungsexporte u.a.m. Die Wahlen haben gezeigt, daß die Friedensbewegung dazu beitragen konnte, daß viele Menschen sensibel für die Gefahren eines außenpolitischen Rechtsrucks geworden sind.

Das gute Abschneiden der FDP zeigt aber auch, daß es führenden Politikern dieser Partei immer noch gelingt, die Hoffnungen vieler Menschen durch bloße Abrüstungsrhetorik auf sich zu lenken und dennoch mit Genscher eine Aufrüstungspolitik zu betreiben, die nicht im Widerspruch zu seinem Entspannungsverständnis steht. So hat sein Parteifreund Bangemann das SDI-Abkommen mit den USA unterschrieben und eine klare Ablehnung der Atomtests der USA durch die FDP ist nicht erfolgt. Es gibt keine Anzei-



chen dafür, daß der Außenminister künftig die Arbeitsteilung mit dem Verteidigungsminister aufgibt, in der der eine für Aufrüstung sorgt, der andere dies diplomatisch verbrämt. Damit sollen außenpolitische Zuspitzungen vermieden und die Bevölkerung über die mit der Aufrüstung verbundenen Gefahren hinweggetäuscht werden.

Für die Friedensbewegung steht in Auswertung der Wahlen die Frage, wie sie damit umgeht, daß einerseits das Umdenken vor allem über die "atomare Abschreckung" unter konservativ und liberal denkenden Menschen eingesetzt hat, andererseits viele mit ihrer Wahlentscheidung "das Schlimmste verhüten" wollten und noch immer die Verantwortung an Politiker, Parteien und Regierung delegieren.

Nach den Planungen der Bundesregierung soll die Aufrüstung in den nächsten Jahren auf allen Feldern massiv vorangetrieben werden: Fortsetzung der Cruise Missiles-Stationierung, Aufstellung von über 5000 Patriot-Raketen zum Schutz von Pershing II und Cruise Missiles, Schritte zur Beteiligung an SDI, weitere Aufrüstung der Bun-

deswehr mit Offensivwaffen, Fraubienstand in der Bundeswehr, zusätzliche Erschwernisse für zivildienstleistende und totale Kriegsdienstverweigerer, militärische Nutzung der Atomkraft (WAA-Wackersdorf, Hanau, Kalkar), "zivile" Kriegsbungen mit WINTEX/CIMEX, Ausweitung der Rüstungsexporte und anderes mehr.



Wie gehen wir damit um?

Kann die Bildung einer atomwaffenfreien Zone ein übergreifendes gemeinsames Ziel der Friedensbewegung in der absehbar nächsten Zeit sein?

Zu den internationalen Rahmenbedingungen

Das Gipfeltreffen von Gorbatschow und Reagan in Reykjavik hat zu keinem praktischen Ergebnis geführt. Reagan ging jedoch auf Gorbatschows Vorschlag für eine Beseitigung aller strategischen

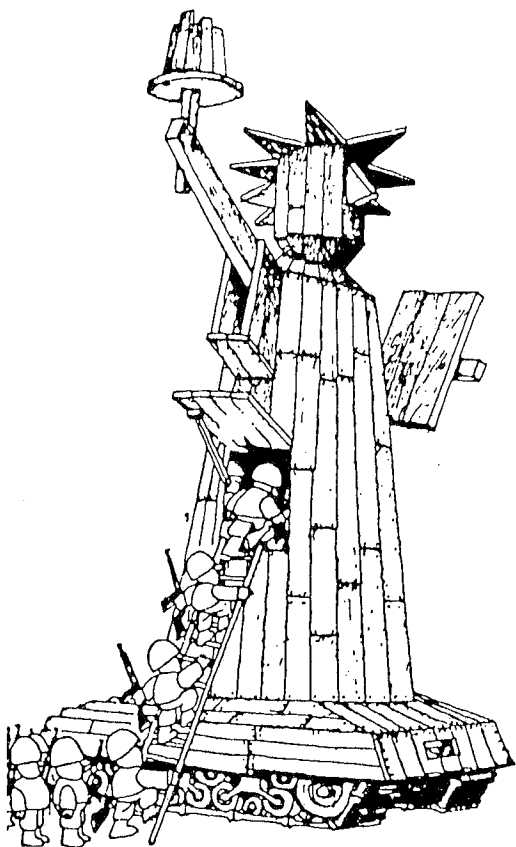
Atomwaffen binnen zehn Jahren ein. Für viele schien die Vereinbarung einer "Null-Lösung" bei den Mittelstreckenraketen in greifbare Nähe gerückt. Das starre Festhalten Reagans an SDI verhinderte jedoch konkrete Übereinkommen.



Haben Regierungsverhandlungen allein Täuschungsfunktion und ist ihr Scheitern innerhalb der NATO von vornherein vorprogrammiert?

Oder:

Da Reagans Zustimmung zu atomarer Abrüstung eine Reaktion auf den großen internationalen Erwartungsdruck war, können wir den Druck für echte Abrüstungsvereinbarungen weiter verstärken, indem wir mit unseren Forderungen an die Verhandlungsparteien Voraussetzungen und Kriterien dafür aufstellen?



Gegenwärtig werden unterschiedliche Sicherheitskonzepte diskutiert: zweite Phase der Entspannungspolitik, gemeinsame Sicherheit, Sicherheitspartnerschaft, atomwaffenfreies Europa usw.



Wie beurteilen wir diese Konzepte, wie gehen wir damit um und welche eigenen Vorstellungen haben wir?

Welche Möglichkeiten gibt es für die Friedensbewegung, eigene Schritte zu zivil(isierten) internationalen Beziehungen zu unternehmen?

Die Sowjetunion ist mit ihrem Atomtest-Moratorium vom August 1985 einen einseitigen Schritt zum Stop der atomaren Aufrüstung gegangen. Trotz mehrmaliger Verlängerung haben die USA, Großbritannien und Frankreich ihre Tests fortgesetzt. Seit dem 1. Januar 1987 und mit den neuen Tests der USA hat die Sowjetunion ihr Moratorium für beendet erklärt.

Die USA drohen, unterstützt von der Bundesregierung, eine konkrete Chance für einen Einstieg in die Abrüstung zunichte machen.



Welche Möglichkeiten haben wir, diese Entwicklung zu verhindern?

Welche Forderung stellen wir an die sowjetische Regierung?

Wie können wir erreichen, daß einseitige Schritte nicht erneut geblockt und diese zurückgenommen werden, sondern eine beiderseitige Abrüstungsdynamik in Gang gesetzt wird?

Zum Vorwurf der "Einäugigkeit"

Ein wichtiger Punkt in bezug auf die Glaubwürdigkeit der Friedensbewegung ist ihre Haltung gegenüber den WVO-Staaten. Von vielen Menschen werden nach unserer Beurteilung der Politik der sozialistischen Staaten gefragt. Zugleich wird die Friedensbewegung immer wieder mit dem Vorwurf der "Einäugigkeit" diffamiert. Klar ist, daß dieser Vorwurf oft nur dazu dienen soll, von den Forderungen an den eigenen Staat und

die eigene Politik abzulenken. Mit dem Hinweis auf kritikwürdige Zustände in den WVO-Staaten soll die eigenen Unbeweglichkeit zementiert und das Konzept einseitiger Abrüstungsschritte für unmöglich erklärt werden. Es ist unstrittig, daß wir an unseren Forderungen eigener Abrüstungsschritte bei uns festhalten müssen, damit durch Veränderungen in der Politik unseres Landes Voraussetzungen für einen Einstieg in die Abrüstung durchgesetzt werden.

Aber es stellen sich Fragen:



Könnte die Glaubwürdigkeit unserer Forderungen gerade angesichts einer eigenen kritischen Analyse der Politik der WVO-Staaten steigen? Oder ist zu befürchten, daß dadurch unsere Auseinandersetzung mit der Bundesregierung verwässert und entradikalisiert wird? Sollten wir angesichts der Tatsache, daß wir selbst uns als unabhängige Friedensbewegung begreifen und eine solche sein wollen, nicht eindeutig solche Möglichkeiten der Friedensarbeit für die WVO-Staaten fordern oder müssen wir akzeptieren, daß die Verschiedenartigkeit der Gesellschaftssysteme solche Forderungen nicht zuläßt?

Sollte unsere Analyse, daß es keine zivile Kernkraftnutzung gibt und die damit verbundene Forderung nach sofortiger Abschaltung aller Atomanlagen nicht international, also auch deutlich auf die WVO-Staaten bezogen sein oder sind das Forderungen, die sich lediglich auf den nationalen Bereich beziehen können?

Sollten die Forderungen der Friedenserklärung nach Senkung der Rüstungsausgaben, Recht auf Zivildienst, Verbot von Rüstungsexporten sich auch deutlich an die WVO-Staaten richten oder kommt ihnen nur nationale Bedeutung zu?



Zu den Arbeitsformen der Friedensbewegung

Ausstrahlungskraft, Attraktivität und Mobilisierungsmöglichkeiten der Friedensbewegung sind nicht nur von unseren Inhalten und Forderungen, sondern auch von Aktionsformen abhängig. Die einfache Wiederholung bekannter Aktionen reicht nicht aus. Gerade unter den Aktiven ist das Bedürfnis groß, Neues zu erproben und mit den

Aktionen den persönlichen Einsatz für den Frieden sichtbar zu machen. Dies zeigt sich u.a. in der gewachsenen Bereitschaft, an Stationierungsorte zu gehen und dort auch Zivilen Ungehorsam zu praktizieren. Gleichzeitig sollen die gewählten Aktionsformen Beteiligungsmöglichkeiten für neu gewonnene Mitstreiter eröffnen, die mit uns bekannten und gewohnten Aktionsformen noch keine Erfahrung gemacht haben.



Wie kann die Friedensbewegung in ihrer örtlichen und berufsbezogenen Friedensarbeit sowie in Organisationen, Parteien und Institutionen anknüpfend an ihre acht dringlichsten Sofortforderungen der "Friedenserklärung" aktiven Protest und Widerstand gegen die Aufrüstungsmaßnahmen entwickeln?

Wie verbinden wir diese Aktionen bzw. wie machen wir politisch und mit regionalen oder zentralen Aktionen deutlich, daß sie Elemente bundesweit gemeinsamen Handelns sind?

Welche Aktionen oder welche Kombinationen verschiedener Aktionsformen können dem unterschiedlichen Erfahrungsstand gerecht werden?



Aus: »Daily World«
(USA)

"Die demonstrieren, wir regieren." So zynisch dieser Ausspruch Zimmermanns ist, so treffend charakterisiert er die politische Wirklichkeit in unserem Land. Dies haben alle außerparlamentarischen Bewegungen zu spüren bekommen. Selbst wenn es gelungen ist, in allen existentiellen Fragen (Mittelstreckenraketen, SDI, Atomkraftwerke, ...) die Zustimmung einer großen Bevölkerungsmehrheit für unsere Forderungen zu gewinnen, gibt es in unserem Verfassungssystem keine Möglichkeit, dies unmittelbar in praktische Politik umzusetzen. Wahlen werden meist nach anderen Kriterien entschieden. Dies "erlaubt" es Regierungen, sich in konkreten Fragen über den Willen der Bevölkerungsmehrheit hinwegzusetzen.



Wie können wir dieses eklatante demokratische Defizit in unserem Verfassungssystem überwinden? Kann die Einführung bundesweiter Volksentscheide ein Instrument aller außerparlamentarischen Bewegungen werden, um der Arroganz der Regierungsmacht künftig etwas entgegensetzen zu können?

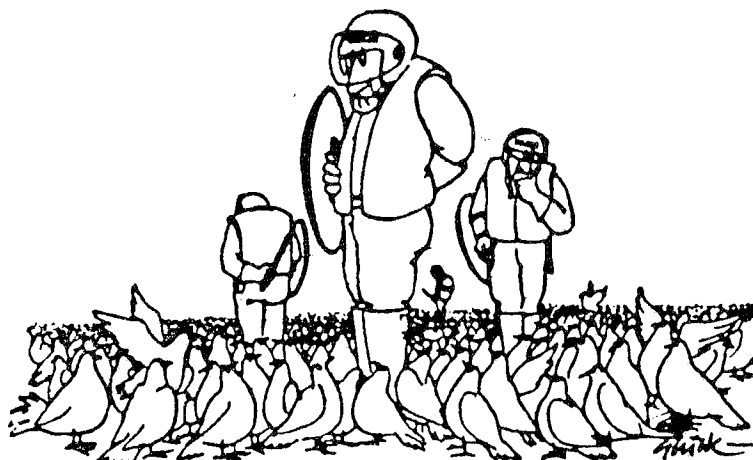
Zur Problematik der "Gewalt"-Diskussion

Im vergangenen Jahr mußten wir bei einigen Aktionen und Demonstrationen erleben, wie Polizei und Staat verstärkt mit Gewalt gegen Bürger/innen vorgehen, die ihr demokratisches Grundrecht wahrnahmen. Die "Schuld" für solche Vorfälle wurde den Betroffenen selbst zugewiesen. Das lieferte der Regierung zum einen den selbstkonstruierten Vorwand für die Forderung nach "hartem staatlichen Durchgreifen", zum anderen sollte es dazu dienen, die außerparlamentarischen Bewegungen in vermeintlich bessere und schlechtere aufzuspalten.

Die Debatte soll uns in die Defensive drängen und uns nötigen, unseren Protest und unsere Forderungen nur noch so auszudrücken, wie es staatlicherseits je nach politischem Gutdünken erlaubt wird.

Alle Aktionen der Friedensbewegung waren friedlich. Von ihnen ging nie Gewalt aus, auch wenn sie mit Zustimmung aller Beteiligten begrenzte Regelverletzungen einschlossen. Die Friedensbewegung ist angetreten zur Überwindung der Gewalt in der Politik in allen Teilen der Welt.

Über Gewaltfreiheit als allgemeingültiges Prinzip bzw. ihren konkreten Inhalt und ihre Definition



im einzelnen und vor dem Hintergrund sich verändernder Ausgangsbedingungen hat es in der Friedensbewegung keine einheitliche Meinung gegeben. Ohne daß dies freilich die konkreten Verständigungen bei Aktionen verhindert hätte. Eine offene Debatte über solche prinzipiellen Fragen findet nicht in einem luftleeren Raum statt. Immer bleiben Manipulationen von außen und Außenwirkungen zu berücksichtigen.

Über den Umgang mit einem erneut aufgeworfenem Problem gibt es unterschiedliche Meinungen. Die einen halten es für richtig, daß wir uns eine ihres Erachtens falsche Diskussion nicht aufzwingen lassen, andere empfinden das als Tabuisierung eines sie real bewegenden Problems. Deshalb hier einige Fragen:



Ist es für unsere Identität als Friedensbewegung notwendig und möglich, eine öffentliche Kontroverse und solidarische Diskussion zum Prinzip Gewaltfreiheit zu führen oder lehnen wir eine über die Absprache für eine jeweilige Aktion hinausgehende Debatte über Gewaltfreiheit ab, bringt sie mehr Verständigung oder Spaltung und Ausgrenzung? Können in einem Aktionsbündnis prinzipielle, weltanschauliche Fragen sinnvoll diskutiert werden, ohne daß die Zusammenarbeit erschwert oder unmöglich wird? Wird mit einer solchen Diskussion nicht ebenfalls die Debatte über andere grundsätzliche kontroverse Fragen (z.B. Kapitalismus, Klassenkampf, Sozialdemokratie, usw...) eröffnet?



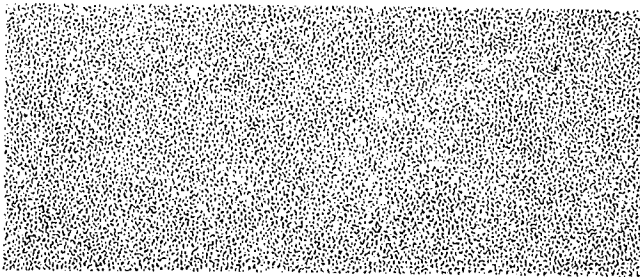
Sind konkrete Absprachen über den Ablauf einzelner Aktionen und Formulierungen, die sowohl von solchen getragen werden können, die sich nicht zur prinzipiellen Gewaltlosigkeit bekennen als auch von solchen, die das tun, auch in Zukunft möglich oder soll die Übereinstimmung bezüglich des Grundsatzes der Gewaltfreiheit auch außerhalb der jeweiligen Aktion zur Voraussetzung für jedes Bündnis gemacht werden? Sind andere Verfahren denkbar, die eine Beteiligung möglichst vieler Gruppen ermöglichen?

Müssen wir angesichts der neuen Gesetze zur Demokratiebeseitigung (§§ 129 a und 130 a, neues Demonstrationsstrafrecht, Zusammenarbeitsgesetz, Volkszählung u.a.), die jede Opposition zum "terroristischen Umfeld" stempeln und darüber entsolidarisieren sollen, anders als bislang damit umgehen? Müssen wir unabhängig von unterschiedlichen Meinungen über Aktionsformen alle Teile der Bewegung und ihre Aktionsformen gegen Kriminalisierungsversuche verteidigen?

Ist eine sinnvolle Gewaltdebatte möglich, wenn gleichzeitig Gewaltinstitutionen wie die Bundeswehr und die NATO fortbestehen?

Müssen Fragen der Verteidigung der Demokratie und des Rechts auf Widerstand stärker in unsere Arbeit einbezogen werden?

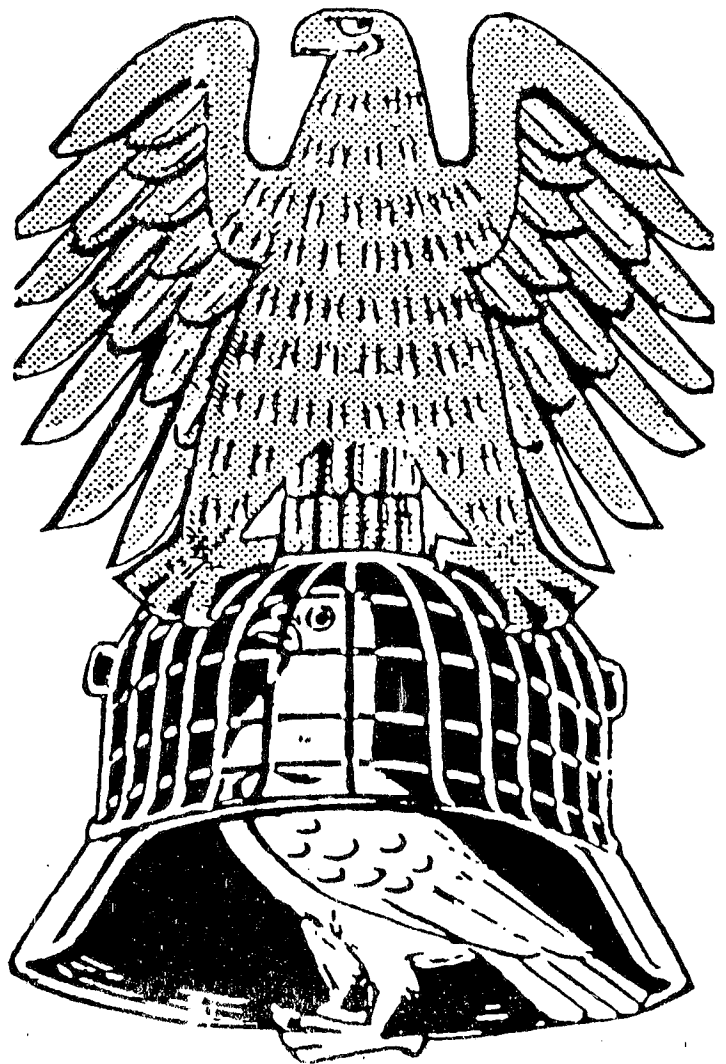
Kann diese Debatte der Friedensbewegung nützen oder nützt sie nur denjenigen, die gegenüber der Friedensbewegung Feindbilder schaffen wollen, um die Aufrüstung besser durchsetzen zu können?



Zu den Parteien - Partner oder Gegner (in) der Friedensbewegung?

Noch 1979 standen wir gegen alle im Bundestag vertretenen Parteien. Die SPD-geführte Regierung hatte den NATO-"Doppelbeschluß" herbeiführen helfen, und bis auf wenige Ausnahmen stand die Partei hinter ihrem Kanzler Helmut Schmidt. Seitdem sind die Grünen ins Parlament gekommen, die SPD ist vom Raketenbeschluß abgerückt und Politiker beider Parteien setzen sich auch im Parlament für einige unserer Forderungen ein.

Bestehende Differenzen in den Parteien über friedenspolitische Schwerpunktsetzungen, Koalitionen oder Regierungsbeteiligungen zeigen, daß Garantien für eine bestimmte Regierungspolitik z.B. nach Wahlen nicht gibt. Dennoch richten sich bei zunehmend intensiverer Diskussion über ein rot-grünes Regierungsbündnis möglicherweise erneut übergroße Hoffnungen auf die auf die Parteien und auf Wahlentscheidungen.



Wie geht die Friedensbewegung mit Parteien-Veränderungen um?
Welche Bedeutung haben für uns Veränderungen parlamentarischer Mehrheiten?
Wie vermitteln wir die Erkenntnis, daß Friedensbewegung und eigenes politisches Handeln entscheidende Voraussetzungen für eine friedenspolitische Wende und eine konsequente Abrüstungspolitik jeder Regierung sind?

Zu den Aufgaben der Friedensbewegung

Die Friedensbewegung kann keine alles umfassende Reform-, Sozial- und Friedensbewegung sein. Am Beispiel der geplanten Volkszählung wird aber deutlich, daß Probleme, die auf den ersten Blick nicht zum unmittelbaren Aufgabenbereich der Friedensbewegung gehören, sehr viel mit unserer Arbeit zu tun haben:

- Die Volkszählung ist zur Datenerfassung und -verarbeitung bei den personellen Kriegsvorbereitungen ein wesentliches Hilfsmittel.
- Die Volkszählung ist ein Schritt auf dem Weg zum "gläsernen Menschen", auf deren Grundlagen zusammen mit den "Anti-Terror"- und Demonstrationsunrechtsgesetzen "Störer", "Querulanten", d.h. die außerparlamentarische Bewegung, kontrollieren, kriminalisieren und isolieren zu können.



Wie kann sich die Friedensbewegung an den Aktivitäten gegen die Volkszählung beteiligen?

Wie stellen wir uns zu Aktionen für die 35-Stunden-Woche, gegen Atomkraftwerke, für Umweltschutz, ...?

Die Rüstungsindustrie verfügt über Macht und Einfluß auf die Regierungspolitik, die Verbände und die Parteien wie kaum eine andere Interessengruppe. Hinweise darauf sind die Rüstungsexporte an Südafrika und Chile und die Förderung der Bildung neuer Rüstungsgiganten wie Daim-

ler-Benz, Messerschmidt-Bölkow-Blohm durch Bundes- und Landesregierungen sowie die ständige Einflußnahme auf die Rüstungsbeschaffungen im rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreis, wo die Rüstungsindustrie das Verteidigungsministerium und das Bundeswehrbeschaffungsamt "berät".



Wie greifen wir die Machtzusammenballung der Rüstungsindustrie und deren Interessenvertretung durch die Bundesregierung an?

Wie kann die Friedensbewegung diesen undemokratischen Einfluß zurückdrängen?



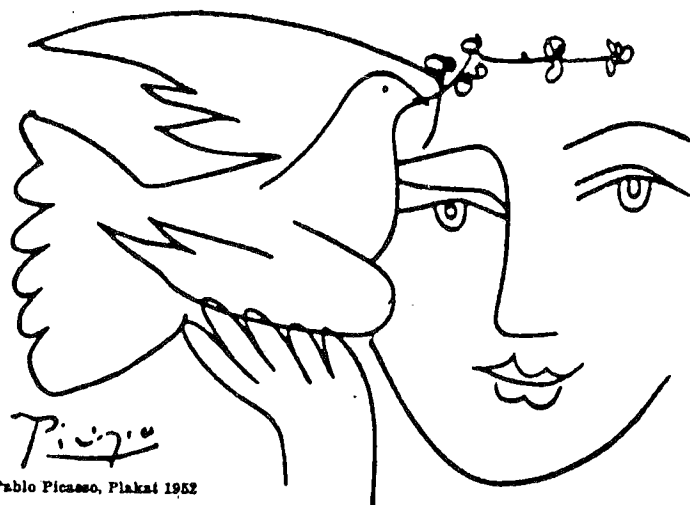
Atomtests stoppen!

Am 3. Februar - zwei Tage früher als angekündigt - hat die Regierung in den USA erneut eine Atombombe gezündet und damit eine Testserie begonnen, die bis zum 1. April 1987 insgesamt sechs Tests umfassen soll.

In vielen Orten fanden Protest- und Mahnaktionen statt, in Nevada demonstrierten einige tausend Menschen, von denen viele festgenommen wurden, als sie das Testgelände betreten wollten.

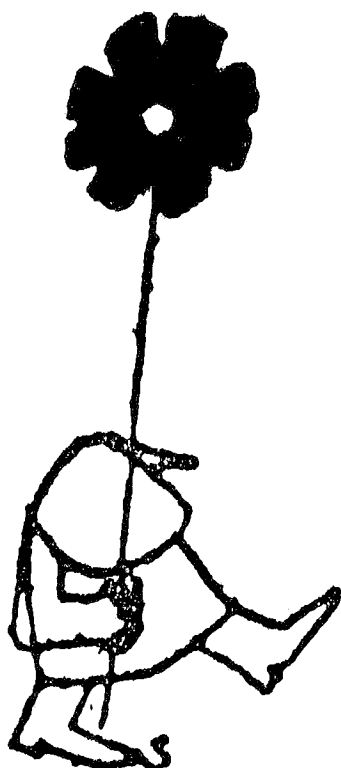
Die Erklärungen der USA sind weitgehend bekannt: Seit dem Beginn des sowjetischen Moratorium am 6. August 1985 wurde Hinweis auf die Verifikationsprobleme ein Teststopp-Abkommen verworfen. Die Überprüfung eines solchen Abkommens müsse nahtlos möglich sein, dann sei man auch in Washington zum Teststopp bereit. Als Wissenschaftler bei den Testzentren in der Sowjetunion entsprechendes Gerät aufbauten und die Ministerien in den USA zur Inspektion eingeladen wurden, fiel Präsident Reagan nur die Gegeneinladung ein: die Sowjets sollten beim nächsten Test in Nevada zusehen.

Jetzt kam man zu der Erkenntnis, daß Tests in jedem Fall nötig bleiben, da sonst die Atomwaffen veralten und ihre Wirksamkeit fragwürdig bleibe. Dies wurde zwar von den Experten des Verteidigungsministeriums bezweifelt, da selbst alte Atombomben und Wasserstoffbomben ganz



Pablo Picasso, Plakat 1952

ungetestet in den Arsenalen des Schreckens ruhen und daselbst funktionstüchtig geblieben sind. Aber für die Atomwaffenindustrie in den USA ist das schon ein Argument. Denn wenn keine neuen Atombomben mehr nötig sind und nicht konstruiert und gebaut werden, dann fallen Aufträge aus. Insgesamt 750 Tests werden schätzungsweise bis zur Realisierung des SDI-Programms allein zur Entwicklung atomar gespeister Röntgenlaser gebraucht. Und da liegt der Hase im Pfeffer - es geht nicht um die gegenwärtigen Atomwaffenbestände, sondern um neue Atomwaffen der dritten und vierten Generation. Es sollen atomare Laserwaffen entwickelt werden, bei denen die Energie atomarer Explosionen in einen scharf gebündelten Laserstrahl umgewan-



END-Convention in Coventry

Vom 15. bis zum 19. Juli findet die END Convention in Großbritannien statt. Dieses fünftägige Forum der Diskussion und Kultur findet in Coventry statt.

Die Themen der Convention sind noch nicht endgültig festgelegt. Im Mittelpunkt wird die Frage "Was für ein Europa in was für einer Welt" stehen. Dies umfaßt besonders die Themen Militarisierung des Nordatlantik und des Mittelmeers, SDI und EDI, die Beziehungen der Friedensbewegung zu den politischen Parteien, die Militarisierung von Wirtschaft und Politik und die Rolle Europas gegenüber den Staaten der Dritten Welt.

Es soll möglichst vielen Gruppen Gelegenheit gegeben werden, Workshops, Stände oder Ausstellungen zu organisieren. Darüber hinaus bietet sich die Gelegenheit, mit lokalen Gruppen zusammenzutreffen und die britische Friedensbewegung genauer kennenzulernen.

Für nähere Informationen hier die Kontaktadressen:
 Fiona Weir, END, 11 Goodwin St. London N4 3HQ. Tel.: 0044 - 1/272 9092, oder END Convention Worker, 22-24 Underwood St. London N1 7JG

Betr. Ostermarsch

Demokratische Organisationen aus der Türkei und Türkei-Kurdistan wie Av. Dev Genc, Birlik Yolu, DIBAF, FIDEF, Gercek, ADK, Isci Gercegi, KKDK, KOMKAR, KURDKOM, Kurtulus, TSK-DK, YSK-Symp., wollen in diesem Jahr gemeinsam an den Osterfriedensaktivitäten teilnehmen. Wir sind der Meinung, daß eine unserer wichtigsten und konkreten Aufgaben für den Frieden in der

Mobilisierung der türkischen und kurdischen Kolleginnen und Kollegen zu den Friedensaktivitäten liegt.

Um dem gerecht zu werden, wollen wir im Vorfeld der Ostermärsche vor Ort mit den dortigen Friedensinitiativen gemeinsame Informationsveranstaltungen durchzuführen. Wir bitten die Fls, uns bei diesem Vorhaben zu unterstützen - denn die Sicherung des Friedens ist eine gemeinsame Aufgabe aller Menschen.

Laßt uns gemeinsam für den Frieden arbeiten.

Kontaktadresse für weitere Fragen: KOMKAR, Burgunder Str. 35-37, 5000 Köln, Tel.: 0221 - 211932

delt wird, der sein Ziel mit Lichtgeschwindigkeit erreicht. Dies könnte eine völlig neue Dimension der Kriegsführung eröffnen.

Diese Programme kosten allerdings viel Geld, und das ist ein gewichtiges Argument in den USA. Deshalb wird der innenpolitische Druck in den USA größer. Die Gegner wollen weder Test noch alle Elemente von SDI, wollen am Rüstungskontrollkonzept eines ABM- und SALT II-Vertrages festhalten und sehen die Einstellung aller Tests als Chance zum Durchbruch bei den Genfer Verhandlungen an. Zu diesen Amerikaner gehört nicht Richard Perle, der als Stellvertreter des US-Verteidigungsministeriums auf der Wehrkundetagung in München kurzerhand die Einstellung der Atomtests und den Abbau der Atomwaffen für dummes Zeug hielt. Dabei war dies ein gern benutztes Wort von Helmut Kohl, der nämlich glaubte Präsident Reagan dadurch beibringen zu können, daß er dem Abbau der Atomwaffen vor der Beendigung der Atomtests den Vorrang einräumte. Dabei braucht nicht mehr erläutert zu werden, daß atomare Abrüstung ohne die Einstellung der Atomtests blanke Illusion ist, da ja gerade die Tests neue Atomwaffen hervorbringen helfen.

Die Sowjetunion hat ihr Moratorium aufgekündigt. Es liegt die Vermutung nahe, daß man im Pentagon förmlich nach dem ersten sowjetischen Test giert, um endlich den öffentlichen Druck los zu sein, der mit dem einseitigen Verzicht der Sowjetunion verbunden ist. Die US-Strategie liegt auf der Hand: Das Konzept politischer Abrüstungsinitiativen soll durch sowjetische Militärzwänge erdrückt werden - Gorbatschow soll mit seiner Vorleistung schlicht und einfach scheitern. Die Appelle an die Sowjetunion sind deshalb logisch, nicht klein beizugeben und auf eigene Tests zu verzichten, zumal die eigene atomare Vernichtungskapazität weder erprobt noch erneuert werden muß.



Am 16., 17. und 26. März sowie für den 1. April sind weitere Atomtests der USA vorgesehen. Auch an diesen Tagen müssen - wie schon beim ersten Test der neuen Versuchsreihe am 5. Februar - in der ganzen Bundesrepublik Protestaktionen gegen diese unverantwortliche Politik stattfinden. Der Widerstand gegen die Atomtests muß deutlich sichtbar sein.

Damit er auch bundesweit sichtbar werden kann, meldet Eure geplanten Aktionen gegen die Atomtests und deren Verlauf an das KA-Büro. Wir hatten in den ersten Februartagen eine Vielzahl von Anfragen bezüglich geplanter Aktionen in den einzelnen Orten. Diese Anfragen können wir nur so ausführlich beantworten wie es die uns vorliegenden Informationen erlauben. Deshalb: Sobald Ihr Aktionen plant, informiert uns darüber.

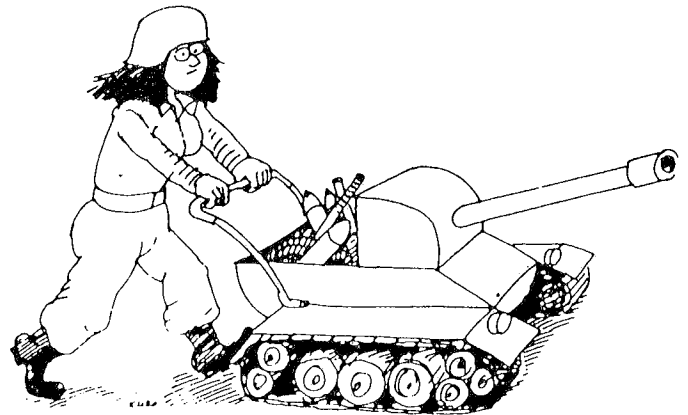
Die "Volkszählung" -

Daten für Bundeswehr und Militarisierung

Geht es nach dem Willen der Bundesregierung, dann wird die langvorbereitete "Volkszählung" am Stichtag 25. Mai 87 einsetzen. Auf den ersten Blick hat dies scheinbar nichts mit der Friedensbewegung zu tun.

Aber: die erhobenen Daten versetzen die Bundesregierung in die Lage, die Militarisierung der Bundesrepublik effektiver zu betreiben. Die Bundeswehr kann ihre Standortpolitik danach ausrichten, solche Bereiche auswählen, in denen die Sozialstrukturen weniger Widerstand erwarten lassen. Daten über die Transport- und Produktionskapazitäten werden Grundlage für Planungen im Rahmen der militärisch-zivilen Zusammenarbeit für den Kriegsfall.

Und: Die vorgesehene Form der Erhebung, Speicherung und Verarbeitung schließt weder aus, daß als Zähler eingesetzte Beamte der Polizei, als Verfassungsschutz oder anderen Verwaltungen auf dem "kurzen Dienstweg" Daten weitergeben, noch daß die gespeicherten Daten "deanonymisiert", d.h. wieder den einzelnen Befragten zugeordnet werden können. Das letzteres möglich ist, hat der Hamburger Informatiker Brunstein durch Feldversuche zweifelsfrei nachgewiesen. Durch diese Möglichkeiten erhalten Polizei und Verfassungsschutz neue Möglichkeiten, Menschen, die in der Friedensbewegung oder auch sozialen Bewegungen aktiv sind, gezielt auszuforschen und unter Druck zu setzen. Der Zusammenhang

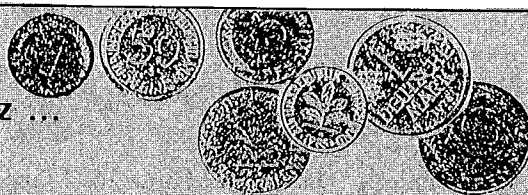


mit anderen Maßnahmen zur inneren "Sicherheit", sprich: Abbau von Demokratie und Freiheitsrechten ist unübersehbar.

Unter anderem wegen der nachweislich gegebenen Möglichkeiten der "Deanonymisierung" der Daten ist das Volkszählungsgesetz verfassungswidrig. Es verletzt das Recht auf "informatielle Selbstbestimmung", das selbst das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum alten Volkszählungsgesetz hat anerkennen müssen.

Die "Volkszählung" wird undurchführbar, wenn nicht genügend Zähler gefunden werden. Dabei haben die Behörden weiterhin große Probleme, auch beim Öffentlichen Dienst. Niemand kann gezwungen werden, Zähler zu werden. Jede/r hat das Recht, dies aus "gesundheitlichen oder auch wichtigen Gründen" (§ 10 Abs. 2) abzulehnen

Der Kassensturz ...



In eigener Sache

... hat uns erstmal zu weiteren Sparmaßnahmen getrieben. So erhaltet Ihr z.B. den "Rundbrief" ab jetzt (nach einigem Antrags-Hin und Her und organisatorischen Umstellungen) als Postvertriebsstück.

Die Hunsrück-Demonstration kann ohne größeres Defizit bleiben, wenn auch die noch säumigen Zähler unter Euch die noch offenen Rechnungen für geliefertes Material jetzt rasch bezahlen!

In die Arbeit dieses Jahres aber starten wir ohne Geldmittel. Vor einer Entscheidung über die weiteren Aktionen durch die Konferenz der Friedensbewegung im Mai besteht keine Aussicht auf eine erfolgreiche Spendenkampagne, so daß wir zur Finanzierung der laufenden Arbeit und der Vorbereitung der Konferenz dringend auf Eure Hilfe angewiesen sind. Tragt zur Absicherung der Arbeit des Koordinierungsausschusses bei durch Spenden oder Förderabonnement des "Rundbriefes" und weist bitte auch Freunde/innen und Bekannte auf die Möglichkeit hin, die Arbeit der Friedensbewegung finanziell zu fördern.

Unsere Kontonummer: Gerd Greune - Sonderkonto Frieden -, Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00) Kontonummer: 87 783



(z.B. Frauen empfinden es als Zumutung, allein fremde Wohnungen zu betreten, berufliche Belastungen, Zeitprobleme wegen Weiterbildung oder Kindererziehung, usw.).

Die Volkszählung ist teuer, nicht nur für den Bund (ca. 1,8 Millionen Mark), sondern auch für die Kommunen. In Lübeck hat z.B. der Stadtrat die Einstellung aller Volkszählungs-Vorbereitungen beschlossen, bis geklärt ist, ob Bund und Land die für Lübeck zu erwartenden Kosten von 1,3 Millionen Mark zu übernehmen.

Tests und Befragungen haben ergeben, daß ein großer Teil der Bevölkerung (32%) die Volkszählung ablehnen. Schließlich wurden und werden sie nicht gefragt, als die Raketen aufgestellt wurde oder das SDI-Geheimabkommen unterzeichnet wurde. Jetzt sollen sie ausgehört werden und lehnen das ab. Über 10% sind nach Umfragen zum Boykott entschlossen. Da die Nicht-Rücksendung ziviler Ungehorsam ist und rechtliche Konsequenzen hat, ist es notwendig, die Arbeit von "Volkszählungsboykott"-Initiativen zur Popularisierung und Solidarisierung zu unterstützen.

Nichtrücksendung zieht erst einmal Mahnungen und Erinnerungen, nach Ablauf von Fristen voraussichtlich Buß- und Zwangsgelder nach sich. Diese müssen in jedem Fall genau angekündigt werden und bleiben wiederum an Fristen gebunden. Je nach Boykottbeteiligung stellt dies die Verwaltungen vor große Probleme. Für die Boykotteure bleibt stets genügend Zeit, das weitere Verhalten in den Boykottinitiativen zu diskutieren, das Kostenrisiko bleibt kalkulierbar.

Das falsche oder unvollständige Ausfüllen der Fragebögen kann leicht bemerkt und korrigiert werden. Es vergrößert zwar auch den Verwaltungsaufwand, ist aber keine so wirksame Behinderung der "Volkszählung".

Es steht zu erwarten, daß die Bundesregierung die "Volkszählung" in jedem Fall als ein erfolgreiches Projekt hinstellen will, selbst wenn durch den Boykott von fünf oder Prozent der Bevölkerung die "Volkszählung" statistisch unbrauchbar ist. Es geht der Regierung längst um mehr als die Daten: Die Volkszählung ist ein Test für die Unterordnungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger. Lassen sie sich einschüchtern, dann verbessert dies die Chancen für die Durchsetzung auch der Aufrüstungspolitik der Bundesregierung.

Der Boykott der "Volkszählung" könnte zu einer wichtigen Kraftprobe werden. Die Bundesregierung hat in dieser Frage schon 1983 eine erste Niederlage erlitten.

Die Friedensbewegung sollte deshalb vor Ort mit den Boykott-Initiativen zusammenarbeiten. Wir sollten überlegen, wie wir uns an dieser Aktion zivilen Ungehorsams beteiligen können. Wir können wir den Boykott bei anstehenden Friedensaktionen mit popularisieren? Wie können wir die Bedeutung der "Volkszählung" für die Perfektionierung der Aufrüstung und Militarisierung verdeutlichen?

Anzeige

Zählen**lassen****sich****nur****SCHAFE...****Volkszählung '87****OHNE MICH!**

BBU, Friedrich-Ebert-Allee 120, 5300 Bonn 1

Bitte einsenden an: BBU, Friedrich-Ebert-Allee 120, 53 Bonn 1
Hiermit bestellen ich/wir:

2-farbige Volkszählungs-Aufkleber (incl. Porto)

1 für 1,50	50 für 40,-
10 für 9,-	100 für 70,-

Vorsicht, Volkszählung (das Buch zur Volkszählung – und darüberhinaus), 250 Seiten, 15,- DM

Bargeld/Briefmarken liegen bei

Verrechnungsscheck über DM liegt bei

Name-Anschrift:

..... Unterschrift

Die Friedensbewegung ruft auf:

Macht mit beim "Volkszählungs"-Boykott!

Geht es nach dem Willen der Regierenden, soll im Mai die 1983 schon einmal verhinderte "Volkszählung" stattfinden. Die "Volkserfassung" richtet sich auch gegen die Friedensbewegung. Deshalb müssen wir uns wehren! Mit den gewonnenen Daten können die Regierenden die Militarisierung unseres Landes und die Überwachung der Menschen perfektionieren.

- Jede(r) kann entsprechend ihrer (seiner) Fähigkeiten für den Kriegsfall "zwangsverplant" werden.
- Jede Wohnung kann für Zwangsumsiedlungen eingeplant werden.
- Die Beschlagnahme von PKW's, LKW's und Bussen nach den "Zivilschutz"-Planungen kann vorbereitet werden
- Das Militär kann seine Stützpunkte und Standorte in Gegenden verlagern, in denen die sozialen Daten weniger Widerstand erwarten lassen.

Die "Volkszählung" ist der Versuch, die Bevölkerung und alle Bewegungen einzuschüchtern. Denn Mißtrauen und Angst sind gerechtfertigt. Der Datenschutz ist nicht gewährleistet. Die Daten können mit dem Computer leicht "de-anonymisiert" werden. Die "Volkszählung" ist verfassungswidrig. Sie soll den "gläsernen Menschen" schaffen. Sie verstößt gegen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Sie reiht sich ein in einen umfassenden Abbau demokratischer Rechte, mit dem Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen lebensbedrohende Entwicklungen wehren, mundtot gemacht und soziale Bewegungen unterdrückt werden sollen.

Das können wir nicht hinnehmen! Massenhafter Boykott und Widerspruch können die "Volkszählung" undurchführbar und die erhobenen Daten unbrauchbar machen.



Niemand kann gezwungen werden, als "Zählerin" oder "Zähler" eingesetzt zu werden! Der Boykott ist *nicht strafbar*! Er ist eine "Ordnungswidrigkeit" wie falsches Parken! Bußgelder müssen in jedem Einzelfall angekündigt werden! Dagegen ist Einspruch möglich!

Die Regierenden fragen uns nicht, wenn es um Atomraketen, Weltraumwaffen oder offensive Aufrüstung geht. Jetzt haben sie kein Recht, uns nach unseren persönlichen Daten zu fragen!

Der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung ruft auf:

- Machen wir die "Volkszählung" durch unseren Boykott zu einem Plebiszit des Mißtrauens gegen die Regierenden!
- Informiert Euch bei den örtlichen Boykottinitiativen!
- Helft mit bei der Aufklärung und Mobilisierung!
- Wehren wir uns solidarisch gegen die verfassungswidrige Schnüffelei für Militarisierung, Verplanung und lückenlose Kontrolle!

NATO-Stabsübung WINTEX/CIMEX

Vom 4.-10.3.87 steht der BRD die nächste NATO-Übung ins Haus: WINTEX/CIMEX. Immer wieder stellen wir fest, daß über dieses NATO-weite Großspektakel kaum etwas in der Öffentlichkeit bekannt ist. So ganz verwunderlich ist das aber nicht, denn WINTEX/CIMEX ist eine reine Stabsübung, eine Übung auf dem Papier.

WINTEX/CIMEX besteht aus 2 ineinander verschränkten Teilen. WINTEX (Winter Exercise = Winterübung) ist rein militärisch und natürlich streng geheim. Darüber ist uns kaum etwas bekannt. Da sie immer kurz vor dem 2. Teil gestartet wird, können wir ein wenig spekulieren, daß hier zuerst der Aufmarsch geprobt werden könnte. (Interessant zu wissen wäre in diesem Zusammenhang, ob dabei auch Truppenverlegungen aus der BRD in andere Länder geprobt werden. Sollte jemand Hinweise darauf haben, wären wir für eine kurze Nachricht dankbar.)

Hier interessiert uns allerdings mehr der andere Teil: CIMEX (Civil-Military Exercise = Zivil-militärische Übung). Darüber wissen wir etwas mehr, denn diese läßt sich kaum so ganz geheim halten, denn hier müssen auch die Zivilisten in den Krieg, vornehmlich die öffentlichen Verwaltungen, Angehörige der zivilen Hilfs- und Katastrophendienste, Werkschützer und auch die Polizei.

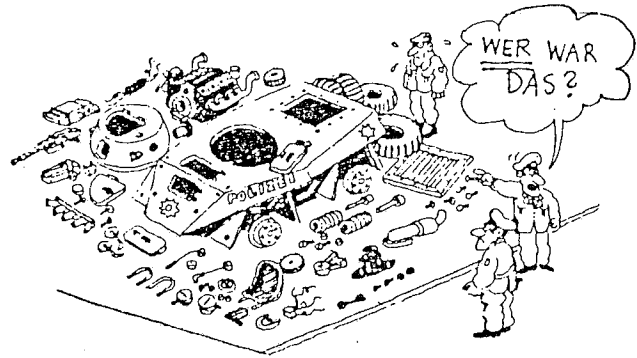
In den Szenarien, die WINTEX/CIMEX mit unschöner Regelmäßigkeit zugrunde liegen, wird stets ein äußerst trübes Bild der Situation gezeichnet: Wilde Streiks, vornehmlich in Rüstungsbetrieben, große Protestdemonstrationen, schreckliche Agitatoren „diffamieren die Verteidigungsanstrengungen der BRD als Vorbereitungen für einen Angriffskrieg“, bald kommt es auch zu Sabotageakten. Natürlich hat die geplagte Regierung den Notstand ausgerufen. Weite Teile der Bevölkerung sind ganz entschieden gegen den Krieg, Desertionen, ja sogar Meutereien ganzer Truppenteile sind an der Tagesordnung. Und jenseits der Grenzen dräut der Feind, der böse. (Dreimal dürft ihr raten, wo ihr ihn zu lokalisieren habt!)

Aber den vereinten Anstrengungen von Polizei und Bundeswehr gelingt es dann doch immer wieder, den Krieg zum Ausbruch kommen zu lassen. Aber dann, hopp hopp, gehts los: Die privaten Telefone werden von der Bundespost abgeklemmt, damit das Militär genügend Leitungen frei hat, lediglich der Industrie und „kriegswichtigen“ Institutionen und Personen, dazu den Ärzten, wird das Telefon belassen. Private Fahrzeuge, PKW's wie LKW's werden requiriert, Lebensmittelkarten ausgegeben, Arbeiter und Angestellte können zwangsverpflichtet werden, wer irgendwann mal einen Erst-Helfer-Lehrgang beim Roten Kreuz oder sonstwo absolviert hat, darf sich ebenfalls auf eine Zwangsverpflichtung freuen. Überhaupt greifen jetzt alle unsere perfektionistischen Notstandsgesetze.

Vor allem aber heißt es für die Zivilbevölkerung: Stay put! Bleib zuhause, stirb in vertrauter Umgebung! Ein altes Trauma der Militärs: Die Zivilbevölkerung versucht, über die Grenzen in eine (auch nur vermeintliche) Sicherheit zu fliehen und der ganze sauber ausgeklügelte Truppenaufmarschplan ist für den Arsch. Helmut Schmidt (ja, der nämliche, aber ein gutes Vierteljahrhundert, bevor er die „Raketenlücke“ entdeckte!) berichtete 1961, wie deutsche Offiziere geweint hätten, als sie mit ihren Panzern ganze Flüchtlingsströme beiseite fegen mußten. Die Straßen, vor allem die in Richtung Osten, haben unter allen Umständen offen zu bleiben, für Truppen und Nachschub. Der tapferste Krieg hat keine guten Chancen, wenn die Leute so unvernünftig sind, ihn auch überleben zu wollen.

Da man bei Militärs aber auf die „Vernunft“ der Zivilisten keine allzu großen Stücke hält, sind schon seit längerer Zeit Maßnahmen ergriffen worden, die über das Apellieren hinausgehen. In „besonders gefährdeten Gebieten“ sind in die Straßen Sprengschächte eingebaut, um diese schnell und gründlich für zivile Fahrzeuge unpassierbar zu machen. Den Städtern soll das Zu-

Jedes 2. Jahr, irgendwann zwischen Ende Februar und Mitte März, probt die NATO den Weltkrieg. Dabei rollen keine Panzer, weder Tiefflieger noch Truppenaufmärsche oder Manöver-schäden machen darauf aufmerksam. Trotzdem: Kein anderes Manöver hat solch tiefgreifende Auswirkungen auch auf das zivile Leben in den NATO-Staaten.



hausebleiben durch die Anlage öffentlicher „Atomschutzbunker“ schmackhaft gemacht werden.

Die WINTEX/CIMEX-Übungen dienen NATO-weit dazu, die aktuelle Kriegsführungsfähigkeit zu testen. Und CIMEX hat nun keineswegs den Zweck, für die Bevölkerung zu retten, was evtl. noch zu retten ist, sondern ausschließlich den, dem Krieg die nötigen Mittel zu verschaffen. Dafür müssen alle Ressourcen erfaßt und mobilisiert werden, die militärischen ebenso wie die industriellen, und eben auch die menschlichen. Volkszähler, ick hör Dir trapsen! (S. auch den nachfolgenden Artikel.)

In diesen Kontext gehört natürlich auch der berühmte „Referentenentwurf für ein neues Zivilschutzgesetz“, in dem z.B. die „Schutz“ raumbaupflicht festgeschrieben werden soll. Aber auch eine auf den ersten Blick so unverfängliche Sache wie die Einführung der neuen Kommunikations- und Informationstechniken hat hier ihren Platz: Bietet sie doch hervorragende Möglichkeiten zur totalen Überwachung und zur psychologischen Beeinflussung der Bevölkerung, ganz abgesehen davon, daß die Militärs die Glasfaserkabel-Technik ganz besonders lieben, die einen Schutz vor dem gefürchteten „elektromagnetischen Schock“ bei einem Atombombenabwurf bietet.

Wir können hier nur kurz anreißen, was mit WINTEX/CIMEX alles auf uns zu kommt (geschweige denn, wenn es mal darum gehen sollte, das alles in praxi anzuwenden). Andererseits aber eröffnen solche Schweinereien uns auch eine Chance, damit an die Öffentlichkeit zu gehen. Kleinere Gruppen haben das immer wieder versucht, mit wechselnden Erfolgen. Wenn aber die Friedensbewegung in ihrer ganzen Breite WINTEX/CIMEX zu ihrem Anliegen macht, brechen für die „Schreibtischtäter“ schwere Zeiten an.

Also, liebe Leute, wenn die NATO in den Krieg zieht, ziehen wir in den Frieden. Macht WINTEX/CIMEX erst öffentlich – und dann unmöglich!

Eine sehr gute Information darüber (gesetzliche Grundlagen, Auswirkungen, praktische Tips zu Recherchen und Aktionen) bietet die Broschüre

WINTEX/CIMEX – Die geheimen Kriegsspiele der NATO

herausgegeben von der „Kontaktstelle für gewaltfreie Aktion“, Stuttgart, und der „Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen“.

Zu bestellen bei der „Graswurzelwerkstatt“, Scharnhorststr. 6, 5000 Köln 60

Einzelpreis: DM 6,- (+ 1,- DM Versandkosten)

Bürgerhaus Bensheim
Montag, 15.12.86, 20 Uhr
Lehrstuhldiskussion **Weiter**

Plakat aus dem Hunsrück

Weiter so, Deutschland
mit Pershings
und
Grüße Missiles
dem
Frieden
entgegen

Friedens- Informationen

DEZEMBER 1986

Friedensinitiative

7. Januar 87

għet
en:

Wollt ihr
den totalen Kohle-
atom bewaffnet?
rukelend belüftet
flugasbelagert?
AWACS-gesteuert
ungsexportierend
-begeistert-

-Friedensinformationen--
 : Axel Weirich, Reinhard Sezech, Horst Petry.

Flugblätter und
Wahlprüfsteine

Friedensgruppe
Neckargemünd

NIEDERRHEINISCHE FRIEDENS-NACHRICHTEN

Sie haben die Wahl:
Test zu Ihrem Meinungsprofil!

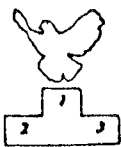
Meinungstest

FRÄDENBRÄUCHT

BEWEGUNG!

WIR WOLLEN FRIEDEN!

"Aktion Denkwettel" in Bonn
(Foto Markus Beinhauer)



Eine große Aktion...

... der Friedensbewegung steht im Juni dieses Jahres an. In der Zeit vom 12. bis zum 18. Juni 1987 führt die Initiative "Sportlerinnen und Sportler für den Frieden - gegen Atomraketen" eine Friedensstafette durch die gesamte Bundesrepublik durch. Dies wird quasi eine Bewegungswelle sein, die sich von Flensburg bis zur Zugspitze ziehen wird. Es soll nicht nur gelaufen werden, sondern die verschiedensten Sportarten und -aktionen werden die Stafette von Etappe zu Etappe füllen.

Mit dieser Stafette bieten die Sportlerinnen und Sportler nach den vielfältigen Formen des Protestes eine neue Möglichkeit des Mitmachens. Denn diese Bewegungs-demonstration ist nicht nur die Aufgabe der Sportlerinnen und Sportler. Nach den Ostermärschen ist sie die nächste große Aktion im Sommer für Teststopp, gegen SDI und Atomraketen.

Durch die Besonderheit der Stafette, "sie kommt zu den Menschen", gibt sie auch den Friedensinitiativen große Möglichkeiten. Nutzt diese Möglichkeit durch politische, kulturelle Veranstaltungen, Friedens- und Stadtteilstefte in Zusammenarbeit mit den Sportler/inne/n. Setzt Euch mit den Sportlerfriedensinitiativen vor Ort in Verbindung. Kontaktadresse und Informationsmaterial erhaltet Ihr beim Organisationsbüro der Friedensstafette in Köln, Amsterdamer Straße 64.

Nebstehend findet Ihr den Aufruf und auf der rechten Seite einen Auszug aus dem neuen Flugblatt mit dem Routen- und Terminplan der Sportlerinitiative.



Viele Formen des Protestes und des Widerstandes sind in der Friedensbewegung schon erprobt und durchgeführt worden. Mit einer Friedensstafette durch die gesamte Bundesrepublik schaffen wir eine neue, publikumswirksame Form des Protestes. Dabei wollen wir möglichst viele Bewegungsformen und Sportarten, (zum Beispiel Gehen, Laufen, Radfahren, Rudern, Schwimmen, Rollen, Fliegen) in die Stafette integrieren oder im Zusammenhang mit der Stafette ausüben. Mit der Friedensstafette '87 können viele und kann vieles bewegt werden, denn Sport ist nur im Frieden möglich.

Internationale Sportbeziehungen können sich nur in einem Klima der Völkerverständigung und Zusammenarbeit entwickeln. Sport soll ein Weg zur internationalen Verständigung bleiben. Darum setzen wir uns im Sinne der Olympischen Charta für "eine bessere und friedlichere Welt" ein.

Die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl hat auf tragische Weise erneut klar gemacht: Wir alle sind unmittelbar betroffen, wenn irgendwo auf dieser Erde eine Atomkatastrophe passiert. 50.000 Atomwaffen lagern in Ost und West; neue, noch gefährlichere Waffen werden produziert; die Bewaffnung des Weltraums droht (SDI-Programm). Ein - auch begrenzter - Atomkrieg hätte das Ende der Zivilisation auf dieser Erde zur Folge. Es gäbe kein Überleben!

In dieser existenzbedrohenden Situation appellieren wir an die Verantwortlichen: Laßt uns umkehren, bevor es zu spät ist!

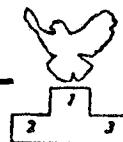
Die Atomwaffenversuche müssen eingestellt werden. Das würde den Weg öffnen für einen Verzicht auf SDI und den Abbau der Atomwaffen.

Wege aus dem Wettüsten sind vorhanden: Die Vier-Kontinente-Initiative, die Palme-Kommission, der ökumenische Rat der evangelischen Kirche und die Sowjetunion haben Vorschläge entwickelt, die Atomwaffen drastisch zu reduzieren und konventionell abzurüsten. Wissenschaftler und Ärzte unterstützen sie weltweit. Diese Chancen müssen genutzt werden.

Deshalb fordern wir von der Bundesregierung:

- das SDI-Abkommen mit den USA zu kündigen;
 - auf die USA einzuwirken, die Atomwaffenversuche einzustellen;
 - die Stationierung von Atomwaffen zu stoppen beziehungsweise rückgängig zu machen;
- damit wir und alle zukünftigen Generationen in Frieden leben und die ungeheuren Mittel, die sinnlos für Rüstung verschleudert werden, zur Lösung drängender globaler Probleme eingesetzt werden können.

Frieden braucht Bewegung!



Gerd Trunschka, Eiskockey-nationalspieler beim Kölner EC

PATENSCHAFTEN:

Die auf dieser Doppelseite abgebildeten Spitzensportler haben als Erste bereits Patenschaft übernommen.

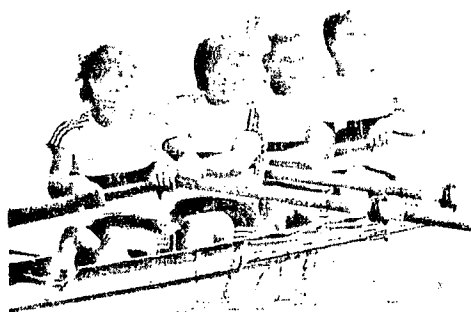


Cornelia Hanisch, Weltmeisterin im Fechten

Norbert Keßlau:

"Ich denke, daß wir uns alle eine friedlichere Welt wünschen. Ich denke aber auch, daß sich viel zu wenig Menschen für diesen ihren Wunsch auch mehr oder weniger aktiv einsetzen. Daher meine Bitte an alle Sportler und Sportlerinnen, insbesondere an die Ruderinnen und Ruderer, die Sportler-Friedensinitiative mit der Übernahme einer Patenschaft für die FRIEDENSSTAFETTE '87 zu unterstützen; dies

kostet Euch wenig von der für Training, Ausbildung und Beruf benötigten Zeit, hilft aber mit bei der Durchführung der FRIEDENSSTAFETTE '87."



Norbert Keßlau (ganz rechts) und Volker Grabow (2. v.r.), Ruderweltmeister im Vierer ohne Steuermann

Friedensstafette '87

In der Zeit vom 12. bis 28. Juni 1987 führt die Initiative "Sportlerinnen und Sportler für den Frieden - gegen Atomraketen" eine Friedensstafette durch die Bundesrepublik durch.

Mit dieser Stafette bieten wir Sportlerinnen und Sportler nach den vielfältigen Formen des Protestes der Friedensbewegung eine neue Möglichkeit des Mitmachens, des sich Einbringens. Denn diese Bewegungsdemonstration ist nicht nur Aufgabe der Sportlerinnen und Sportler. Nach den Ostermärschen ist sie die Großaktion im Sommer für Teststopp, gegen SDI und Atomraketen.

Durch die Besonderheit der Stafette, "sie kommt zu den Menschen", gibt sie auch den Friedensinitiativen vor Ort große Möglichkeiten. Politische, kulturelle Veranstaltungen, Friedens- und Stadtfeste können und sollten im Rahmen der Friedensstafette stattfinden. Gemeinsam werden die Aktionen die gesamte Friedensstafette zu einem friedenspolitischen Großereignis machen.

Was ist der besondere Charakter dieser Stafette?

Sie soll eine "Bewegungswelle" von Flensburg bis zur Zugspitze sein. Es wird nicht nur ein Lauf, sondern die verschiedensten Sportarten und -aktionen werden die Stafette von Streckenabschnitt zu Streckenabschnitt mit Bewegung und Leben füllen.

Auch konkrete Ereignisse wie Turniere und Aktionen am Tag, wenn die Stafette am Ort eintrifft, sind genauso Bestandteile der Stafette wie die schon geplanten Aktivitäten auf der Strecke. So ist z.B. im Norden der Bundesrepublik nach dem Startschuß in Flensburg an eine Segelregatta entlang der Ostseeküste gedacht.

Von Bremen nach Münster kommen die Motorradfans auf ihre Kosten. Mit Unterstützung des Motorradclubs Kuhle Wampe werden sie diesen Streckenabschnitt als Großkonvoi auf die Räder bringen.

In Dortmund soll die beim 2. Internationalen Sport- und Spielfest begonnene Tradition des Friedensvolkslaufs fortgesetzt werden. Weiter gibt es Überlegungen, für das Ruhrgebiet ein Volleyball- und ein Basketball-Spielen durchzuführen. Ruderer, wenn auch nicht auf dem Rhein, werden eine weitere Attraktion dieser Region sein. Reiter, Kanuten und Drachentflieger werden genauso Etappen der Stafette übernehmen und begleiten wie die Radfahrer, die von Augsburg bis München die Bewegungsdemo durch eine Radstafette unterstützen.



Jürgen Milewski, ehem. Fußballnationalspieler

Ewald Lienen, Bundesligafußballspieler bei Borussia Mönchengladbach



Einige Beispiele, die deutlich machen, worum es geht.

Die Strecke bietet aber tausend und eine Gelegenheit mehr, sich sportlich aktiv zu beteiligen. Es können Turniere, Marathonläufe, Rekordversuche mit Spitzensportlern, sportliche Solidaritätsaktionen am Rande der Strecke, wenn die Stafette dort entlang kommt, veranstaltet werden. Dem Ideenreichtum und der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt.

Sportlich kann sich jede und jeder beteiligen. Man muß kein Weltmeister oder Leistungssportler sein, um an der Stafette mitzuwirken.

Bewegung ist gefragt - in den unterschiedlichsten Formen!

Bewegung für den Frieden, denn Frieden braucht Bewegung!

Routen- und Terminplan

Datum	Etappe
Fr. 12.6.	Flensburg - Schleswig - Kiel
Sa. 13.6.	Kiel - Lübeck - Hamburg
So. 14.6.	Hamburg - Bremen
Mo. 15.6.	Bremen - Osnabrück - Münster
Di. 16.6.	Münster - Hamm - Dortmund
Mi. 17.6.	Dortmund - Essen - Duisburg
Do. 18.6.	Duisburg - Düsseldorf - Köln
Fr. 19.6.	Köln - Bonn - Mainz
Sa. 20.6.	Mainz - Frankfurt
So. 21.6.	Frankfurt - Darmstadt - Heidelberg
Mo. 22.6.	Heidelberg - Heilbronn
Di. 23.6.	Heilbronn - Stuttgart
Mi. 24.6.	Stuttgart - Reutlingen
Do. 25.6.	Reutlingen - Ulm
Fr. 26.6.	Ulm - Augsburg
Sa. 27.6.	Augsburg - München
So. 28.6.	München - Zugspitze

Kontaktadresse:

Organisationsbüro der Friedensstafette,
Amsterdamer Straße 64, 5000 Köln,
Telefon: 0221 - 764094.

(Adressaufkleber)



Impressum

Herausgegeben vom Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung, Bornheimer Straße 20, 5300 Bonn 1, Telefon: 0228 - 692904/06

Redaktion dieser Ausgabe: Alfons Glasmacher, Gerd Greune (V.i.S.d.P.), Mechthild Jansen, Achim Maske, Werner Rätz, Thomas Schmidt, Klaus Scherenberg, Mani Stenner, Gregor Witt (alle Bornheimer Straße 20, 5300 Bonn 1).

Rundbrief 1/87, Einzelpreis DM 1,00

Der Rundbrief des Koordinierungsausschusses kann zum Preis von mindestens 20,- DM im Jahr abonniert werden, ein Förderabonnement kostet 50,- DM pro Jahr. Der Koordinierungsausschuß ist auf Spenden und Unterstützungsbeiträge für seine Arbeit angewiesen.

Konto: Gerd Greune, Sonderkto. Frieden (KA) Nr. 87783 bei Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00)

Druck: Fa. Henke, Köln

Bestellschein/Anmeldung

o Ich/Wir bestelle/n folgende Materialien:

Material	Erläuterung	Einzelpreis	Rabatt	Stück	DM
Rundbrief	dieser	1,00	ab 20: 0,80		
Reader zur Konferenz der Friedensbewegung	April	5,00	ab 10: 4,00		
Buch "Militärregion Hunsrück"		9,80			
Aufkleber für eine neue Politik	aus 1986	0,50			
Button gegen Rüstungswahnsinn	aus 1985	0,50			
"Wehrt Euch"-Button	aus 1984	0,50			
				Porto:	

Anmeldung

- o Zur Konferenz der Friedensbewegung am 16./17. Mai 87 in der Gesamtschule Köln-Raderthal melde/n ich/wirPerson/en à DM 10,- Unkostenbeitrag an. Die dazugehörigen Reader/Konferenzunterlagen mit Eintrittskarte werden mir/uns zugesandt. DM
- o Ich/Wir abonniere/n den Rundbrief des Koordinierungsausschusses (Jahresabo mind. 20,- DM, Förderabo mind. 50,- DM) DM
- o Ich/Wir spende/n für die Friedensbewegung: DM

Den Gesamtbetrag in Höhe von habe/n ich/wir am gezahlt an:

- o G. Greune, Sonderkonto Frieden (KA), Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00), Konto-Nr. 87 783
- o G. Greune, Sonderkonto F, Postgiro Köln (BLZ 370 100 50), Konto-Nr. 7991 - 501
- o durch beiliegende/s Bargeld/Verrechnungsscheck (zutreffendes bitte unterstreichen)

o Ich/Wir möchte/n gern die Rundschreiben und Nachrichten des Koordinierungsausschusses erhalten.

Name:

Gruppe:

Anschrift/Telefon:

Unterschrift: